

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Direktion: Redaktions-Direktor
Herrmann-Str. 10, 80011
Telefon: 10000

Druckerei: Druckerei
Herrmann-Str. 10, 80011
Telefon: 10000

Verlag: Verlag
Herrmann-Str. 10, 80011
Telefon: 10000

Das Zentrum droht mit Artikel 48

Die volksparteilichen Vorschläge verworfen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 25. Juni. Der Druck, den die Deutsche Volkspartei zur Durchsetzung ihrer finanzpolitischen Forderungen auf das Kabinett Brünning ausübt, wird von Zentrumsseite jetzt ganz offen mit der Androhung des Artikels 48 beantwortet. Die dem Reichskanzler nachstehende „Germania“ erklärt heute unter heftigen Angriffen auf die Politik der Deutschen Volkspartei:

Wenn nicht unverzüglich und mit aller Konsequenz gehandelt werde, dann bestehe die Gefahr, daß man in naher Zukunft von einer Krise der deutschen Politik überhaupt sprechen könne. Das Kabinett sei sich dieser Gefahr bewußt. Es sei zum Handeln entschlossen, und man dürfe annehmen, daß seine getragene Lösung in erster Linie dazu bestimmt gewesen sei, den Weg und die Methode dieses Handelns festzulegen.

Wenn die Volkspartei aus der Regierung ausscheiden wolle, dann werde das Kabinett dies hinnehmen müssen, ohne an der Haftung zu geraten. Denkbar sei durchaus eine Regierung, die sich auch hierdurch nicht davon abhalten lasse, das zu tun, was im Interesse des Staates und der Ordnung unabweislich sei.

Die Regierung habe eine Aufgabe, die erfüllt werden müsse, mögen die parlamentarischen Verhältnisse in Reichsrat und Reichstag auch noch so schwierig liegen. Wenn jetzt zur Durchsetzung dieser Aufgabe die Frage eines Ermächtigungsgesetzes und auch die Anwendung des Artikels 48 erwogen werde, so darf man nur hoffen, daß aus dieser Weg erspart werde, daß er mit all seinen Konsequenzen sorgfältig geprüft und seine Möglichkeit vorher nicht gelassen werde, die auch die Anwendung aller letzter Mittel erpäre. Jedenfalls aber bestehe die dringende Notwendigkeit, sehr schnell entscheidende Beschlüsse zu treffen, und es läge im allgemeinen Interesse, wenn das Parlament sich ihnen nicht verweigere würde.

Diese Neuerung ist deutlich genug, um zu erkennen, daß Dr. Brüning auch zur außerparlamentarischen Regelung der finanzpolitischen Angelegenheiten entschlossen ist und sich dabei offenbar auch nicht durch die klaren Kampfanlagen der Sozialdemokraten, der Demokraten, aber auch anderer politischer Kreise beirren lassen will.

Inzwischen hat die Wirtschaftspartei auf den heutigen Mittwoch eine außerordentliche Fraktionsführung einberufen, zu der auch der augenblicklich in Augsburg weilende Justizminister Dr. Bräutigam herantelegraphiert worden ist. Die Wirtschaftspartei bezeichnet eine Einsparung von nur 100 Millionen im Etat, wie sie Dietrich plant, als völlig unzureichend und erinnert in dem Zusammenhang an ihren Vorschlag zur Einführung der Arbeitslosenpflicht.

Vor der für Mittwoch abends 8 Uhr angelegten neuen Kabinettsführung sind die Verhandlungen in den Fraktionen weitergeführt worden. Die demokratische Reichstagsfraktion hat ihre Beratungen bereits abgeschlossen und dabei eine Mahnung an die Deutsche Volkspartei richten zu müssen geglaubt, weil diese angeblich durch die ultimative Form ihrer Beschlüsse die Krise verschärft habe. Im Laufe des Nachmittags wird auch die Fraktion der Wirtschaftspartei zusammentreten. Die Tagung des Parteivorstandes der Deutschen Volkspartei, die heute in Berlin stattfindet, hat mit den aktuellen politischen Fragen nichts zu tun, sondern befaßt sich mit der Möglichkeit einer Zusammenlegung der für Anfang Juli nach Mainz einberufenen Parteizentralvorstandssitzung und mit der Beurlaubungsfeier.

Wie Brüning sich das Vorgehen denkt

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 25. Juni. Reichskanzler Dr. Brüning, der sich, wie angekündigt, am Donnerstag früh zum Reichspräsidenten nach Weiden in Ostpreußen begibt, wird dort für den Fall, daß sich keine parlamentarische Möglichkeit für die Annahme der Deckungsvorlage ergeben sollte, folgende Vorschläge machen und sich dazu die Genehmigung Hindenburgs geben lassen:

Dr. Brüning wird vom Reichstag ein Ermächtigungsgesetz fordern, durch das der Regierung Vollmachten zur Durchführung der Deckungsvorlage gegeben werden.

In einem solchen Ermächtigungsgesetz ist aber zwei Drittelmehrheit notwendig, die im Reichstag nicht zu haben sein wird. Wird das Ermächtigungsgesetz abgelehnt, dann wird der Reichskanzler seine Deckungsvorlage unter Anwendung des Artikels 48 auf dem Verordnungsweg erlassen und den Reichstag in die Verlegenheit setzen. Nun besteht aber für den Reichstag die Möglichkeit, wie der sozialdemokratische „Vorwärts“ ausdrücklich unterstreicht, sich selbst einzuberufen und die Aufhebung der Notverordnung zu erzwingen. Zweifellos wird ein solcher Antrag von der Sozialdemokratie unterstützt. In seiner Annahme besteht es einziges Mittel.

Es bestehen für Dr. Brüning zwei Möglichkeiten, die Aufhebung der Notverordnung unmöglich zu machen. Die eine ist die konsequente Beschlussfähigmachung des Hauses: wenn die Zentrumsfraktion sich intern darüber einigt, nicht zu den Reichstagsitzungen zu erscheinen, so ist der Reichstag beschlussunfähig. Wird dieser Weg nicht gewählt, tritt also ein beschlussfähiger Reichstag zusammen, dann wird, so rechnet Dr. Brüning, unter seiner Auflösungsandrohung eine ganze Anzahl Parteien gegen die Aufhebung der Notverordnungen stimmen, besonders diejenigen Parteien, die kurzfristige Neuwahlen zu fürchten haben. Auch in diesem Falle würden die Notverordnungen der Regierung und damit die Deckungsvorlage erhalten bleiben. Es ist nun die Frage, ob der Reichspräsident sich mit diesem Plan des Reichskanzlers einverstanden erklärt.

Das Finanzprogramm der Volkspartei

Berlin, 25. Juni. Wie die „D.N.S.“ mitteilt, enthält das Schreiben, das Reichsminister Dr. Schöler im Auftrage seiner Partei Dienstag abend dem Reichskanzler Dr. Brüning unterbreitete, folgende Einzelvorschläge:

Ersparnisse und Ausgabenentlastungen in Höhe von zusammen etwa 200 Millionen, nämlich 125 Millionen Abstriche an den Sachausgaben des Etats und 5 Proz. Herabsetzung der Pensionsabzweigungen. Schematische Mittel, nämlich eine Summe von weit über 100 Millionen, sollen durch Festsetzung der öffentlichen Betriebe erschlossen werden.

Auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung wird die Durchführung der Vorschläge des Vorstandes empfohlen.

also die lediglich 4prozentige Beitragserhöhung unter dem Druck der geplanten Reformen. Sollte die Deckung nicht ausreichen, so sollen in einem Nachtragset im Herbst neue Mittel angefordert werden. Hier ist die Möglichkeit eingeräumt, etwa eine weitere 4prozentige Beitragserhöhung vorzunehmen.

Eine Reihe weiterer von den Wirtschaftsverbänden schon vorgeschlagener Maßnahmen auf dem Gebiete der Steuererhebung und der Verwaltung soll etwa 80 Millionen erbringen. Auf jeden Fall soll dafür gesorgt werden, daß die Versicherungspflichtigen noch im Laufe des Etatsjahres durch Herabsetzung der Krankenversicherungsbeiträge eine gewisse Entlastung erfahren. Außerdem soll die Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung bis zum 31. März nächsten Jahres befristet werden.

Das „Kreuz des Südens“ in Amerika gelandet

Der Ost-West-Flug über den Atlantik zum zweiten Male geglückt

Newport, 25. Juni. Das von dem australischen Flieger Kingsford-Smith geführte Flugzeug „Kreuz des Südens“ hat heute früh um 11,30 Uhr WES. (2,21 Uhr Ortszeit) die Hafenstadt Harbour Grace auf Neufundland überflogen. Damit ist die Ueberfliegung des Nordatlantik von Osten nach Westen zum zweiten Male geglückt. Das Flugzeug ist zur Ergänzung seines Brennstoffes auf dem Flugfeld von Harbour Grace gelandet. Kingsford-Smith erklärte, daß sein Kompaß versagt habe.

Das Flugzeug war gestern früh 4,30 Uhr bei Dublin gestartet, brauchte also von Irland bis Neufundland 31 Stunden. Die Flieger fanden während der ganzen Strecke in Fernverbindungen, so mit der holländischen staatlichen Radiostation auf dem Amsterdamer Flughafen Schiphol, mit englischen Stationen, mit verschiedenen Schiffen und mit den Funkstationen an der amerikanischen Küste. Das Wetter war im großen ganzen nicht ungünstig, doch teilten die Flieger mit, daß sie starke Gegenwinde zu bewältigen hätten. Die Motoren bewährten sich gut, und die durchschnittlich erzielte Geschwindigkeit betrug 180 Kilometer in der Stunde. Der Himmel war undurchsichtig, neblig und regnerisch; die Navigationskompass nur mit Hilfe der Instrumente erfolgen. In der Nacht um 11,30 Uhr funktionierten die Flieger:

„Wir sind infolge des Nebels beinahe ins Wasser geraten.“

Infolge der Gegenwinde war der Benzinverbrauch weit über normal. Da Kingsford-Smith ursprünglich beabsichtigte, nach Newport durchzufliegen, wurde in Portland im Staate Maine ein Flugzeug mit 200 Gallonen Betriebsstoff bereitgestellt, um dem „Kreuz des Südens“ zu einer Ergänzung des Betriebsstoffes in der Luft entgegenzusetzen. Dieses Manöver wäre allerdings ohne vorherige Übung sehr gefährlich gewesen, und die Flieger taten gut daran, lieber zur Landung zu schreiten.

Die Bedeutung des Fluges liegt nicht auf wirtschaftlichem Gebiete, denn der große Benzinbedarf, der das Mittelfahren ausbreitender Flugzeuge unmöglich macht, überbitt bisher das

Lehner Punkt des volksparteilichen Programms ist die Aufforderung an die Reichsregierung, auf eine

allgemeine Senkung des Lohn- und Preisniveaus hinzuwirken, und zwar durch Ankurbelung der Wirtschaft, Belebung des Arbeitsmarktes und durch Entlastung der Personallasten in Reich, Ländern und Gemeinden.

Das Schreiben schließt mit der ausdrücklichen Feststellung, daß die Deutsche Volkspartei keinerlei Steuererhöhungen oder gar eine einseitige Belastung einzelner Volksschichten mitmachen könne, so lange die von ihr aufgestellten Möglichkeiten zur Erzielung anderer Einnahmen und zur Durchführung energischer Ersparnisse nicht beschritten seien.

Das Programm ist so bemessen, daß es dem Reiche etwa 600 Millionen an neuen Einnahmen bzw. an Ersparnissen sichern soll.

Beileunigte Einberufung des Sächsischen Landtags

Um die Einberufung des Landtags zu beileunigen, wird der Landeswahlleiter die neugewählten Abgeordneten unter Vorbehalt der amtlichen Feststellung ihrer Wahl, ersuchen, bis zum nächsten Dienstag Annahme oder Ablehnung der Wahl zu erklären. Die Feststellung des Wahlergebnisses wird am Dienstag vor sich gehen. Wenn alle Abgeordneten dieser Bitte entsprechen, kann der Landtag dann sofort noch für Ende der ersten oder für Anfang der zweiten Juliwocde einberufen werden. Eine Dinausögerung bis zum 14. Juli, dem Beginn der Sommerferien, kommt nicht in Frage.

Keine Auflösung des Preussischen Landtages

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 25. Juni. Der preussische Landtag wurde am Mittwochnachmittag mit 230 : 8 Stimmen angenommen. Man erwartete, daß bei der letzten Abstimmung durch Obstruktion der regierungsgegnerischen Parteien der Etat nicht angenommen werden konnte. Diefelbe Obstruktion ist heute auch versucht worden, jedoch gelang es der preussischen Regierung, alle Abgeordneten ihrer Parteien heranzuziehen, so daß das Land beschlussfähig war und eine Mehrheit gefunden werden konnte. Damit sind die Auflösung des Preussischen Landtags und Neuwahlen gänzlich vermieden.

Kürtens Schulkonto

Düsseldorf, 25. Juni. Das Schulkonto des Rassenmörders Kärten hat einen solchen Umfang angenommen, daß die Verhandlung wohl kaum vor Ende dieses Jahres stattfinden kann. Nach dem bisherigen Ergebnis der polizeilichen Ermittlungen werden Kärten nicht weniger als 11 Morde, 28 Mordversuche und 20 Brandstiftungen zur Last gelegt.

Flugzeug daran, reguläres Verkehrsmittel für die Bewältigung von Großreden zu werden. Aber aufbauend auf den Erfahrungen Köhls und Gänsefelds konnten der fähige Australier und seine Kameraden neue wichtige flugtechnische Erkenntnisse sammeln und praktisch erproben und eine sportliche Großtat vollbringen, auf die die Kontinente mit Achtung und Anerkennung blicken.

„Graf Zeppelin“ wieder in Friedrichshafen

Friedrichshafen, 25. Juni. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist um 6,40 Uhr von seiner Deutschlandreise nach Friedrichshafen zurückgekehrt. Die Landung erfolgte um 7,08 Uhr. 7,30 Uhr war das Luftschiff in der Halle geborgen.

Die Räumung schreitet fort

Miesbaden, 25. Juni. Die Franzosen haben außer den schon gemeldeten Orten jetzt auch aus Oppenheim, Mainz, Frankfurt-Schö, Oberkain, Idar, Färksmühlen, Birkenfeld, Rinn, Vingen und Worms ihre Truppen, Gendarmen und Polizei, vollständig abtransportiert. Auch in Mainz zeigt das Straßenbild wieder ein erfreuliches Gesicht, nachdem das Gros der Truppen nach Frankreich abgerückt und die Tricolore von den geräumten Gebäuden verschwunden ist.

Französische Räumungsmannschaft

Bandau, 25. Juni. Wie der Oberrheinische Landesdienst von besonderer Seite erfährt, bereitet das Oberkommando der französischen Rheinarmee eine Mannschaft für alle Deutschen vor, die von den französischen Militärgerichten im besetzten Gebiet verurteilt worden sind. Die örtlichen Dienststellen sollen beauftragt sein, dem Oberkommando praktische Vorschläge vorzulegen. Als Zeitpunkt des Erlasses der Mannschaft wird der 30. Juni genannt, der Tag, an dem das Abwicklungs-kommando des französischen Oberkommandos Mainz verlassen wird.